



Ein heftiger Sturm tobt momentan über viele Gemeinden in Deutschland. „Die machen uns die Ruhe und den Frieden kaputt“, schimpfen Dorfbewohner in Brandenburg. Von einer „Vergewaltigung der Landschaft“ ist in Nordrhein-Westfalen die Rede. Und „Stoppt den Windwahn!“, heißt es in Bayern. Was die Urheber dieser Aussagen vereint: Sie kämpfen gegen Windräder auf ihrem Gemeindegebiet. Mehr als 1000 Bürgerinitiativen engagieren sich bundesweit inzwischen gegen den Bau neuer Anlagen.

Mit Erfolg: 300 Windkraftwerke wurden im vergangenen Jahr laut der Fachagentur Windenergie an Land gerichtlich beklagt. Inzwischen werden so wenig Anlagen gebaut wie zu Beginn der Energiewende, bei der letzten Ausschreibung für den Bau neuer Projekte wurden zum wiederholten Mal keine Gebote abgegeben. Windkraft an Land sei „praktisch tot“, sagte RWE-Chef Rolf Schmitz kürzlich der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. „Alle sind für Wind und sauberen Strom, aber die Anlagen sollen irgendwo stehen, wo sie keiner sieht, und schon gar nicht in der Nähe des eigenen Hauses.“ Und das in einer Zeit, in der Deutschland aus Atom- und Kohlestrom aussteigt und Wind eigentlich die nachhaltige Energiequelle der Zukunft sein soll.

„Nicht in meinem Hinterhof“

Der Ökostromausbau ist dabei nicht das einzige Unternehmen, das flächendeckend torpediert wird. Er steht exemplarisch für ein gesellschaftliches Phänomen, das Politikern und Projektierern landauf, landab das Leben schwer macht: Die Nimby-Haltung („Not in my backyard“, „Nicht in meinem Hinterhof“), die Widerstand gegen jegliches Fortschrittsprojekt leistet.

Zum Ausdruck kommt diese Einstellung überall, wo neue Infrastruktur entsteht: Energiewende? Gut und richtig, sagt eine Mehrheit von 80 bis 95 Prozent. Die dafür nötigen Stromtrassen und Windräder? Nicht in meiner Nähe. Handyempfang? Sehr wichtig. Aber wehe, der Funkmast wird in der Nachbarschaft gebaut. Natürlich muss der Güterverkehr auf die Schiene. Die Bahntrassen dafür soll aber möglichst unsichtbar und lautlos sein. Günstiger Wohnraum? Unbedingt. Aber nicht in meinem Hinterhof.

Die Folgen der Klagewut gehen längst über ein verhindertes Projekt hier und da hinaus. „Jedes neue Projekt wird in-

Ja, aber bloß nicht hier!

Infrastruktur Fast jeder findet die Energiewende gut – wenn die Windräder nicht in der Nachbarschaft gebaut werden. Diese Haltung bremst den Fortschritt nicht nur im Energiesektor aus. Doch es gibt auch Gegenmittel. *Von Igor Steinle*

zwischen beklagt und in Frage gestellt“, sagt Carsten Linnemann, Chef des Wirtschaftsflügels der Union. Der Bundesverband der Industrie (BDI) sieht inzwischen gar den Investitionsstandort Deutschland gefährdet: Seit zehn Jahren würden sich die langen Genehmigungs- und Planungsverfahren in Deutschland zu einem „gravierenden Investitionshemmnis“ entwickeln, die durchschnittliche Dauer von Projekten habe sich fast verdoppelt.

Für jedes Vorhaben fordern Behörden inzwischen Unmengen an Gutachten an, um sich gegen die Klagen zu wappnen, die, wenn sie nicht von betroffenen Bürgern, von Umweltverbänden kommen. Die Folge: Deutschland ist bei der Digitalisierung abgehängt, die Energiewende stockt. Lange kann das nicht gut gehen. Doch die Motive für den Widerstand sind auch durchaus menschlich und verständlich.

Susanne Kirchhof hat sich in der Nähe von Eckernförde mit ihrer Familie ein Haus auf dem Land gekauft. Kurz darauf wurden 800 Meter entfernt Windkraftanlagen errichtet. Anstelle der erhofften Idylle hat sie nun 180 Meter hohe Rotoren vor der Haustür. „Als sie ans Netz gingen, war das ein Schock“, sagte sie der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Kirchhof hat die Windmühlen in ihrem Hinterhof nicht hingegenommen. Die Anlagen haben die 46-jährige Agrarwissenschaftlerin zur Windkraftgegnerin gemacht. Am Telefon betont die Landesvorsitzende des schleswig-holsteinischen Anti-Windkraft-Verbands jedoch, dass nicht nur die persönliche Betroffenheit sie treibt. Sie pocht darauf, die besseren Argumente zu haben. „Wieso nutzen wir nicht konsequent Deutschlands Dachflächen für Solarstrom?“, fragt sie.

Ganz von der Hand zu weisen sind ihre Standpunkte nicht. Zu beinahe allen Fragen der Energiewende kann man einen anderen Kurs als den der Bundesregierung mit guten Gründen besser finden.

„Die Politik neigt dazu, zu ignorieren oder zu vertuschen, dass Veränderung auch Verlierer hervorbringt.“

Armin Grunwald
Physiker und Philosoph



Windkraftgegnerin Susanne Kirchhof kämpfte gegen Anlagen vor ihrem Haus.
Foto: Privat



Jan Teut baut seit 1996 Windräder in Ostdeutschland und Österreich.
Foto: Monique Wüstenhagen



Armin Grunwald leitet unter anderem das Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestages.
Foto: KIT

Wäre es nicht klüger, das Klima über den europäischen Emissionshandel zu schützen, sodass CO₂ dort eingespart wird, wo es am günstigsten ist? Mit einer dezentralen Energieversorgung bräuchte man auch keine neuen Stromleitungen.

Die Göttinger Politikwissenschaftlerin Julia Zilles, die sich der Erforschung von Bürgerprotesten widmet, mag den Begriff des „Nimby“ aus diesen Gründen nicht besonders. Er würde vor allem diffamierend gebraucht und bedeuten, dass Bürger nur aus eigennütigen Motiven protestierten. Dabei fühlten sie sich schlicht zu wenig in Entscheidungsprozesse einbezogen.

Der Politik hingegen reicht es inzwischen. Um Prozesse zu beschleunigen, arbeitet die große Koalition an einem Gesetz zur Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will Kommunen zudem stärker an Windparks beteiligen. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass das die Akzeptanz steigern könnte. „Wer ein paar Euro mehr im Portemonnaie hat, fühlt sich sofort weniger gestört“, erklärt Jan Teut Altmaiers Ansatz. Teut (59) ist schon lang im Geschäft, seit 1996 baut der Diplom-Ingenieur Windräder in Ostdeutschland und Österreich. Mit Bürgerinitiativen kennt er sich aus.

Seiner Erfahrung nach sind es oft Zugewogene, die Bürgerinitiativen gründen. „Wenn Sie sich ein Häuschen im Grünen kaufen und einen Kilometer daneben eine Windkraftanlage hingestellt bekommen, würden Sie auch nicht sagen, es dient dem großen Zweck der Energiewende.“ Teut versucht deswegen, die Mehrheit der Gemeinde auf seine Seite zu ziehen. „Ich betreibe relativ viel Sponsoring.“ Benötigt ein Verein vor Ort Unterstützung, sagt er nicht nein. „In der Regel wird das dankbar angenommen.“

Zwar erklärt „Vernunftkraft“, ein Dachverband der deutschen Windkraftgegner, man ließe sich nicht bestechen. Beispiele, dass das Konzept gelingen könn-

te, gibt es jedoch mehrere: Im bayerischen Fuchstal wurde mit dem Geld aus einem Windpark ein Kindergarten und eine Schule saniert, vier Vierfamilienhäuser wurden als soziales Wohnungsbauprojekt gebaut – für ein 3400-Einwohner-Dorf keine Kleinigkeit. „Wir können uns jetzt was leisten“, sagt der Bürgermeister der Gemeinde. Ein Bürgerentscheid hat sich dort für die Anlagen entschieden, ähnlich wie im Landkreis Konstanz am Bodensee oder Bad Kitzingen in Franken. Wo nicht nur die Betreiber ordentlich Rendite machen, sind auch die Bürger zu überzeugen.

Was bei Windenergie ein probates Mittel zu sein scheint, stößt bei der Nachverdichtung von Städten jedoch schon an seine Grenzen. „Man kann nicht allen Fortschrittsverlierern Kompensation anbieten“, sagt Armin Grunwald. Der renommierte Physiker und Philosoph vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) leitet unter anderem das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags. Er beschäftigt sich schon lange mit dem Nimby-Phänomen.

Forscher: Schlechte Kommunikation

Seiner Meinung nach hat die Haltung auch mit einer schlechten Kommunikation der Regierung zu tun. Sie habe es versäumt, klarzumachen, dass gerade die Energiewende auch Verlierer produziert. „Die Politik spricht gerne von Win-Win-Situationen und neigt dazu, zu ignorieren oder zu vertuschen, dass Veränderung auch Verlierer hervorbringt“, sagt der 59-Jährige. Wenn die Welt sich weiterentwickelt, gibt es nie nur Gewinner. Auf der Verliererseite jedoch möchte niemand gerne stehen. Dass die Erdwärme aufgehalten werden muss, ist zwar gesellschaftlicher Konsens. Aber: „Kaum einer möchte heutzutage für eine größere Sache zurückstecken.“ Stromtrassen, Windräder und Wohnungen tragen aber nun mal zum Gemeinwohl bei, sagt Grunwald.

Anstatt jedoch für das Ziel einer ökologischen Wende zu werben, die mehr Lebensqualität für alle verspricht, würden Politiker meist nur über abstrakte Klimaziele sprechen, die erfüllt werden müssten. Und noch ein Punkt beschäftigt den Forscher: „Reiche Nationen neigen zu Besitzstandsdenken.“ Die Haltung, alles solle bleiben wie es ist, außer dem Gehalt, das regelmäßig steigen solle, sei hierzulande weit verbreitet. „Das Ziel muss sein, auch als reiche Gesellschaft zu Veränderung bereit zu sein.“



MONATGE PETERS, FOTO: PATRICK PLEUL/DPA